DER 17. JUNI 1953 – Volksaufstand in der DDR

Wir wollen freie Menschen sein!

Arbeitshilfe

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

www.filmwerk.de

kfw

DER 17. JUNI 1953 - VOLKSAUFSTAND IN DER DDR
WIR WOLLEN FREIE MENSCHEN SEIN!

Didaktische Begleitung: paedigi
Jens Kramer, Julia Schimming, May Jehle, Henning Schluß

EINSATZMÖGLICHKEITEN

Alter: ab 12 Jahren
Themen: 17. Juni 1953, Volksaufstand, MfS, Gewissen, Freiheit, Demokratie
Schule: Sek I und Sek II in den Fächern Politische Bildung, Geschichte, Ethik, Religion.

KAPITELÜBERSICHT

01	00:00 – 05:05	Wie alles begann: Hintergründe und Ursachen für den Volksaufstand am 17. Juni 1953
02	05:06 – 09:55	Der Volksaufstand in Leipzig – Der Fall des fünfzehnjährigen Paul Ochsenbauer
03	09:56 – 15:07	Mitgegangen, Mitgehangen? Der Fall des zehnjährigen Peter Schmidt
04	15:08 – 19:45	Gegen Nachmittag: Die Lage spitzt sich zu
05	19:46 – 24:47	Die Regierung reagiert mit Waffengewalt
06	24:48 – 31:52	Vom Umgang mit den Opfern und Überlebenden – heute wie damals – am Beispiel von Paul Ochsenbauer und Peter Schmidt
07	31:53 – 35:24	Schauprozesse und Flüchtlingsströme nach Westdeutschland – die Folgen des Volksaufstands vom 17. Juni
08	35:25 – 42:29	Feiertag und stilles Gedenken: Vom Umgang mit den Erinnerungen an den 17. Juni 1953 in der DDR und der Bundesrepublik damals und heute

INHALT:

KAP. 01: WIE ALLES BEGANN: HINTERGRÜNDE UND URSACHEN FÜR DEN VOLKSAUFSTAND AM 17. JUNI 1953

In einer Collage aus verschiedenen Filmszenen werden die verschiedenen Ereignisse und Personen, die die Dokumentation vorstellen will, eingeführt. Über einer Luftaufnahme des heutigen Leipzigs wird der Titel eingeblendet: „Wir wollen freie Menschen sein! Volksaufstand 1953“ (00:55 – 01:04). Anhand historischer Bilder des Volksaufstands in Berlin und einer kurzen inhaltlichen Einführung aus dem Off wird ein erster Eindruck der Geschehnisse vom 17. Juni 1953 vermittelt. Deren Ursachen, angefangen bei der 2. SED-Parteikonferenz im Juni 1952, werden daraufhin von dem Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk näher erläutert, begleitet von historischen Film- und Fotoaufnahmen aus jener Zeit. Der Journalist Peter Kloeppel erklärt daraufhin, wie der Volksaufstand in den damaligen Medien dargestellt wurde. Dem folgen historische Tonaufnahmen vom 18. Juni 1953 aus der Betriebsversammlung im Elektromotorenwerk Wernigerode, die ein Beispiel der Forderungen der Aufständischen wiedergeben, begleitet von historischen Fotografien der Volksaufstände in Rostock, Gera, Jena, Magdeburg, Jessen, Görlitz, Dresden und Halle.

KAP. 02: DER VOLKSAUFSTAND IN LEIPZIG – DER FALL DES FÜNFZEHNJÄHRIGEN PAUL OCHSENBAUER

Auf dem Leipziger Augustusplatz erinnert Peter Kloeppel an die 40.000 Demonstranten, die hier am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen, „mit großer Leidenschaft“, so Kloeppel, „aber auch mit dramatischen Folgen“. Anhand historischer Foto- und Filmaufnahmen werden die Anfänge des Leipziger Volksaufstands, der schon am frühen Morgen des 17. Juni begann, beschrieben. In einer nachgestellten Filmszene schreiben Mitarbeiter der Leipziger Verkehrsbetriebe schon in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 1953 „Freie Wahlen!“ mit weißer Farbe auf einen Straßenbahnwaggon und werden dabei fast erwischt. Doch nicht alle Passagiere applaudieren tags darauf: Einer will die „Schmiererei“ sofort beim Straßenbahnfahrer melden, erhält jedoch keine Reaktion auf seinen Protest. Dies ermutigt wiederum den Schaffner beim Kartenabreißen, offen Witze über die führenden Politiker der DDR, Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl zu machen („Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“, 07:57 – 08:09). In einer weiteren nachgestellten Szene sieht man den fünfzehnjährigen Paul Ochsenbauer eilig auf einem Fahrrad durch einen Park

 © kfw GmbH 2013

fahren. Er ist auf dem Weg in die Stadt, obwohl er und seine Klassenkameraden vom Berufsschullehrer kurz zuvor ermahnt worden waren, sich ruhig zu verhalten und das Stadtzentrum zu meiden. Seine jüngere Schwester, Brigitte Dienst, schildert daraufhin, wie sie den 17. Juni 1953 – den Tag, an dem Paul nicht mehr nach Hause kam – in Erinnerung behalten hat.

KAP. 03: MITGEGANGEN, MITGEHANGEN? DER FALL DES ZEHNJÄHRIGEN PETER SCHMIDT

Daraufhin schwenkt die Kamera in die „beschmierte" Straßenbahn zurück, in der auch der zehnjährige Peter Schmidt sitzt. Dieser schließt sich, angeregt durch die gute Stimmung der Demonstranten, nach der Schule dem Protestzug an. In einem Interview inmitten der Leipziger Innenstadt erinnert sich der heute Siebzigjährige an seine damaligen Eindrücke, die mithilfe von historischen Fotografien veranschaulicht und durch Informationen zum Ablauf des Leipziger Volksaufstands von Peter Kloeppel ergänzt werden. Im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig trifft Kloeppel anschließend auf den Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk, mit dem er gemeinsam anhand von historischen Fotografien die Motivation der Demonstranten in Anbetracht der drohenden Strafen des als brutal bekannten DDR-Regimes analysiert. Dem folgen historische Aufnahmen der Eskalation des Aufstands in Berlin, eine Kopie des Befehls zur Erklärung des Ausnahmezustands im „sowjetischen Sektor von Berlin" sowie historische Aufnahmen vom Eingreifen des sowjetischen Militärs in Halle, Gera und Leipzig.

KAP. 04: GEGEN NACHMITTAG: DIE LAGE SPITZT SICH ZU

Ab 15 Uhr werden auch in Leipzig „bewaffnete Organe" postiert. Peter Schmidt erinnert sich, wie er von den anwesenden Sicherheitskräften gemeinsam mit den Demonstranten zum Leipziger Markt getrieben wurde, wo bei seiner Ankunft schon der Pavillon am Alten Rathaus brannte. Historische Filmaufnahmen belegen dies und werden durch Bildmaterial zum Einzug des sowjetischen Militärs in die Leipziger Innenstadt ergänzt. Peter Kloeppel berichtet daraufhin von den dramatischen Vorfällen vor dem damaligen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit. Damals wurde der zehnjährige Peter Schmidt in einem Pulk von Demonstranten vor das Gebäude der Staatssicherheit getrieben, wo er kurz darauf getroffen wird, als auf die Demonstranten geschossen wurde.

KAP. 05: DIE REGIERUNG REAGIERT MIT WAFFENGEWALT

Vor dem ehemaligen Gebäude der Staatssicherheit stehend erinnert sich Peter Schmidt, wie er damals angeschossen und von einem Zimmermann sofort in die Notaufnahme des Krankenhauses gebracht wurde. Seine Schilderungen werden von nachgestellten Szenen und historischen Aufnahmen der Vorfälle begleitet. Gezeigt wird der Befehl zur Verhängung des Ausnahmezustands, der jegliche Demonstrationen und Zusammenkünfte mit sofortiger Wirkung verbietet. Nachgestellte Filmszenen zeigen, wie diejenigen, die sich dem Befehl widersetzten, zur Abschreckung auf offenen Militärfahrzeugen durch die Stadt gefahren wurden. Zu ihnen zählte wohl auch der Schlosserlehrling Paul Ochsenbauer, der in den nachgestellten Filmszenen den Befehl von den Wänden riss. Seine Schwester, Brigitte Dienst, erinnert sich im Interview an die ungewissen 14 Tage nach Pauls Verhaftung sowie an jenen Tag, an dem bekannt wurde, dass ihr Bruder tot sei.

KAP. 06: VOM UMGANG MIT DEN OPFERN UND ÜBERLEBENDEN – HEUTE WIE DAMALS – AM BEISPIEL VON PAUL OCHSENBAUER UND PETER SCHMIDT

In einem Gedenkgottesdienst in der Liebfrauen-Kirche wird der Opfer des 17. Junis 1953 gedacht – so wie damals schon, kurz nach der Aufhebung des Ausnahmezustands in Leipzig am 11. Juli 1953. Der achtzehnjährige Paul hat seinem Großonkel ein Musikstück gewidmet, das er im Gottesdienst mit anderen Musikern aufführt. Peter Kloeppel unterhält sich daraufhin mit ihm über die bis heute ungeklärten Umstände des Todes von Paul Ochsenbauer.

Im Gegensatz zu dem Schlosserlehrling konnte der zehnjährige Peter Schmidt jedoch gerettet werden, auch wenn sein Bauchschuss lebensgefährlich war. Im Universitätsklinikum Leipzig erinnert er sich knapp 60 Jahre später daran, wie sich erst nach der dritten Operation sein Zustand langsam stabilisierte. Der Uhrmacher Johannes Köhler dagegen erlag noch in der Nacht zum 18. Juni 1953 seinen Schussverletzungen. Viele zum Teil Schwerverletzte flohen tags darauf aus den Krankenhäusern, weil die Staatssicherheit dort nach ihnen zu suchen begonnen hatte.

KAP. 07: SCHAUPROZESSE UND FLÜCHTLINGSSTRÖME NACH WESTDEUTSCHLAND – DIE FOLGEN DES VOLKSAUFSTANDS VOM 17. JUNI 1953

Der Aufhebung des Ausnahmezustands in Leipzig am 11. Juli 1953 folgten die „größte Fest-namewelle in der DDR-Geschichte" sowie Schauprozesse, die zur Abschreckung zum Teil über den Rundfunk ausgestrahlt werden. Davon zeugt eine Originaltonbandaufnahme der Verhandlung gegen die Leipzigerin Gerda Schiffe, die 1953 als „Rädelsführerin" bei der Stürmung der innerstädtischen FDJ-Kreisleitung angeklagt wurde. Der Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk gibt einen Überblick über die Verurteilungen, die im Anschluss an die Aufstände sowohl vor regulären DDR- als auch vor sowjetischen Standgerichten erfolgten. Diese lösten eine enorme Fluchtbewegung nach Westdeutschland aus, wie historische Aufnahmen von den Grenzübergängen und Auffanglagern jener Zeit zeigen.
Peter Schmidt siedelt 1982 mit seiner Familie nach Westdeutschland um. Über die Gründe für seine körperlichen Beschwerden und seine Sportbefreiung durfte er vorher nicht sprechen.

KAP. 08: FEIERTAG UND STILLES GEDENKEN: VOM UMGANG MIT DEN ERINNERUNGEN AN DEN 17. JUNI 1953 IN DER DDR UND DER BUNDESREPUBLIK DAMALS UND HEUTE

Anhand einer Schwarz-Weiß-Fotografie der Gedenkfeier zu Ehren der Westberliner Opfer des Volksaufstands in Berlin erläutert Kowalczuk, weshalb auch West-Berliner beim Ost-Berliner Aufstand dabei waren.
Peter Kloeppel vergleicht daraufhin den Umgang mit den Erinnerungen an den Volksaufstand in West- und Ostdeutschland: So wurde in Westdeutschland der 17. Juni vom Deutschen Bundestag zum gesetzlichen Feiertag erklärt, die Straße zum Brandenburger Tor nach dem 17. Juni benannt und mehrere Sonderbriefmarken gedruckt. Im Osten Deutschlands dagegen wurde der Volksaufstand schon am 19. Juni 1953 als „faschistischer Putsch" deklariert. In den Schulbüchern der DDR wurde zur Illustration ein Bild von einem brennenden Kaufhaus in Ost-Berlin verwendet.
Mit den Jahren jedoch verblassen die Erinnerungen an den Aufstand in Westdeutschland. Im Osten Deutschlands werden die Ereignisse offiziell nie selbstkritisch aufgearbeitet. 35 Jahre später kann das DDR-Regime nicht mehr verhindern, dass die Menschen auf die Straßen gehen. Von diesem Ausgang der Geschichte her rückt nun auch der gescheiterte Volksaufstand vom 17. Juni erneut ins Blickfeld.
Rita Faulhaber, eine weitere Schwester Paul Ochsenbauers, erinnert sich bei einem Spaziergang mit ihren beiden Schwestern und Peter Kloeppel über den Leipziger Südfriedhof zur Gedenkstätte des Leipziger Volksaufstands an die Beerdigung ihres Bruders und die Bedrohlichkeit der dabei anwesenden MfS-Mitarbeiter. Die Schwestern empfinden es als schmerzhaft, dass die Gedenkstätte für die „Opfer der Gewaltherrschaft 1945 – 1989" in einem hinteren Friedhofsteil liegt und somit wenig bekannt ist.
Vor dem Abspann wird auf Gedenkstätten und Museen in Leipzig verwiesen, die den Volksaufstand vom 17. Juni thematisieren.

BASISINFORMATIONEN 17. JUNI 1953

KARL WILHELM FRICKE

Der 17. Juni 1953 bedeutete nicht nur das erste offene Aufbegehren gegen die Herrschaft der SED, sondern er war der erste Massenaufstand gegen den Stalinismus im sowjetischen Imperium nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In über 700 Städten und Landgemeinden zwischen Ostsee und Fichtelgebirge kam es zu Streiks, Protestversammlungen, Demonstrationen und Unruhen. Hunderttausende von Menschen demonstrierten mit dem Ruf „Kollegen, reiht Euch ein, wir wollen freie Menschen sein" gegen die Machthaber. Die Erhebung begann am 16. Juni 1953 mit einem Streik auf den Großbaustellen der Ost-Berliner Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee). Aus Protest gegen eine administrativ verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen „im Durchschnitt um mindestens 10 Prozent", die in der Realität drastische Lohnminderungen bedeutet hätten, formierten sich Bauarbeiter, Maurer und Zimmerleute zu einem Demonstrationszug durch die Stalinallee, das Prunkstück realsozialistischen Wohnungsbaus, das als „nationales Aufbauwerk" vom Vormarsch des Sozialismus in der DDR künden sollte. Ihr Weg führte über den Alexanderplatz in Richtung Leipziger Straße. Unterwegs schlossen sich ihnen Hunderte Sympathisierende an, junge Menschen zumal. Auf einer spontanen Kundgebung vor dem „Haus der Ministerien" in der Leipziger Straße (heute Bundesministerium der Finanzen) forderten ihre Sprecher nicht mehr nur „Weg mit der Normenerhöhung" und „Senkung der

 © kfw GmbH 2013

HO-Preise", sondern „Nieder mit der Regierung" und „Freie Wahlen". Als Streikende und Demonstranten nachmittags auseinandergingen, gaben sie für den nächsten Tag die Losung des Generalstreiks aus. So setzten die Bauarbeiter der Stalinallee das Fanal zum Aufstand.
Schon in den Morgenstunden des 17. Juni wurden die meisten Großbetriebe im Osten Berlins bestreikt. Auch in den industriellen Randgebieten rund um Berlin, in Hennigsdorf, Kirchmöser und Ludwigsfelde, flammten Streiks auf. Die Nachrichten von den Ereignissen in Ost-Berlin verbreiteten sich in der DDR wie ein Lauffeuer. Westliche Rundfunksender, speziell RIAS Berlin (Rundfunk im Amerikanischen Sektor), hatten sie seit dem Nachmittag des 16. Juni ausgestrahlt. Pendler und Reisende, die aus Berlin kamen, berichteten zu Hause davon. Alsbald entschlossen sich Belegschaften und Bauarbeiterkolonnen zu Solidaritätsstreiks in Brandenburg/Havel, Rathenow, Potsdam und Cottbus, in Magdeburg, Schönebeck, Gommern und Halberstadt, in Halle (Saale), Merseburg, Bitterfeld und Wolfen, in Leipzig, Delitzsch, Dresden, Niesky, Görlitz, nicht zuletzt auch in Erfurt, Gotha, Jena und Gera sowie in Rostock und Wismar. In diesen Städten kam es zu besonders heftigen Streiks und Demonstrationen. Verschiedentlich dauerte der Massenprotest auch am 18. Juni und sogar noch an den folgenden Tagen an.
Epizentrum der Erhebung war Ost-Berlin. Zehntausende Arbeiter strömten am frühen Morgen des 17. Juni in die Innenstadt. Auf Transparenten und Plakaten waren dieselben Losungen zu lesen wie am Vortag, Arbeiterkampflieder wurden gesungen, Sprechchöre tosten durch die Straßen. Zu Tausenden waren Bauarbeiter, Stahlwerker, Lokomotiv- und Waggonbauer aus Hennigsdorf nach Berlin gekommen, um sich den Demonstrationen anzuschließen. Auch DDR-Flüchtlinge aus dem West-Berliner Notaufnahmelager Marienfelde und Jugendliche aus dem Westteil der Stadt verschlug es in den damaligen Ostsektor, sei es aus Solidarität, sei es aus Abenteuerlust. Am späten Vormittag waren verschiedentlich Unruhen zu beobachten: Fahnen und Transparente wurden zerfetzt, Grenzmarkierungen an der Sektorengrenze niedergerissen, mehrere Aufklärungslokale der Nationalen Front und Zeitungskioske gingen in Flammen auf, vereinzelt auch Autos. Das Columbushaus am Potsdamer Platz und das „Haus Vaterland" wurden in Brand gesteckt. Der öffentliche Nahverkehr in Berlin kam zum Stillstand.
Als die demonstrierenden Massen - für die Volkspolizei unaufhaltsam - durch die Straßen der Innenstadt drängten, wurden Sowjettruppen eingesetzt. Panzer, Schützenpanzerwagen und Gefechtsfahrzeuge mit Panzerabwehrkanonen, die in der Nacht zuvor in ihre Bereitstellungsräume eingerückt waren, erschienen im Laufe des Vormittags an Verkehrsknotenpunkten und in Hauptstraßen, zumal unweit der Sektorengrenze. Mehr und mehr glich das Zentrum Ost-Berlins am 17. Juni 1953 einer Stadt im Belagerungszustand. Auf dem Alexanderplatz waren bereits gegen 9 Uhr russische Schützenpanzer aufgezogen, später folgten schwere Panzer vom Typ T 34; das gleiche Bild Unter den Linden, in der Leipziger Straße und am Potsdamer Platz. Gegen 11 Uhr peitschten erste Schüsse aus Maschinengewehren auf. Um diese Zeit hatten Demonstranten die auf dem Brandenburger Tor gehisste rote Fahne heruntergerissen. Der gewitterschwüle Tag blieb unruhig und erregt. Über Rundfunk und Lautsprecherwagen wurde für 13 Uhr die Verhängung des Ausnahmezustandes über den „sowjetischen Sektor von Berlin" durch den sowjetischen Militärkommandanten verkündet. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen auf Straßen und Plätzen oder in öffentlichen Gebäuden wurden verboten. Zwischen 21 und 5 Uhr bestand Ausgangssperre.
Die öffentliche Gewalt war auf die sowjetische Besatzungsmacht übergegangen. Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und andere Spitzenfunktionäre der SED hatten sich zu diesem Zeitpunkt unter sowjetischen Schutz in Karlshorst gestellt, in jenem Stadtteil Berlins, in dem die Sowjetische Kontrollkommission in einem militärischen Sperrgebiet residierte. Erst in den Abendstunden, etwa nach 21 Uhr, legte sich allmählich bleierne Ruhe über die Stadt. Die Ausgangssperre wurde wirksam. In Ost-Berlin war der Aufstand zu dieser Stunde zusammengebrochen.
Die Erhebung hatte sich über weite Regionen der Republik ausgebreitet. Bald herrschte vielerorts der Ausnahmezustand, z. B. in Magdeburg ab 14 Uhr, in Dresden und Leipzig ab 16 Uhr. Mit der Eskalation des Aufstands entschied sich das sowjetische Oberkommando nach anfänglichem Abwarten in der zweiten Tageshälfte des 17. Juni und an den Folgetagen für die massive bewaffnete Intervention. Allein in Berlin waren drei Divisionen mit ca. 500 Panzern im Einsatz. Weitere 13 Divisionen hatten ihre Kasernen verlassen, um den Aufstand in der Provinz zu ersticken. Die Truppen besetzten Markt- und Rathausplätze, sie nahmen

Verkehrsknotenpunkte, Bahnhöfe und Brücken unter Kontrolle, sicherten öffentliche Gebäude, Rathäuser und Parteibüros, Dienststellen der Volkspolizei und des MfS, riegelten Zufahrtsstraßen ab und besetzten Betriebsgelände. Am Abend des 17. Juni standen 167 von 217 Stadt- und Landkreisen in der DDR unter Kriegsrecht. Regional unterschiedlich dauerte es zwischen wenigen Tagen und dreieinhalb Wochen, bis es wieder aufgehoben wurde – in Magdeburg, Leipzig und Ost-Berlin bis zum 11. Juli.
Auch in der mitteldeutsch-sächsischen Industrieprovinz hatte sich ein Großteil der Arbeiter für den Streik entschieden. Auf turbulenten Betriebsversammlungen wurden spontan Streikkomitees gebildet, häufig riefen sie zu Demonstrationszügen auf, auch zu Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen. Die Losungen, die dabei artikuliert wurden, glichen denen in Berlin. Ursprünglich soziale und ökonomische Forderungen schlugen in politische Forderungen um. In Görlitz, Halle, Jena und Merseburg wurde auf Versammlungen unter freiem Himmel das Deutschlandlied gesungen. Auch in den Bezirken eskalierten die Demonstrationen zu Unruhen und Ausschreitungen. Parteibüros der SED, Rathäuser, Dienstgebäude des MfS und der Volkspolizei haben aufgebrachte Demonstranten gestürmt und zeitweilig besetzt. Mobiliar und Akten flogen auf die Straße. Insgesamt 250 öffentliche Gebäude waren nach internen Polizeiberichten betroffen. In Bitterfeld, Gommern, Görlitz, Halle, Jena, Magdeburg, Merseburg und anderswo wurde die Losung „Freiheit für politische Gefangene" in die Tat umgesetzt: Aufständische drangen in ca. 20 Gefängnisse ein und erzwangen die Freilassung von über 1 400 Häftlingen. Nur wenigen gelang die Flucht nach West-Berlin. Häufig hat man Volkspolizisten entwaffnet, es kam auch zu Tätlichkeiten. Parteisekretäre, Bürgermeister und Stasi-Mitarbeiter wurden verprügelt, in Rathenow ein mutmaßlicher Denunziant angeprangert, krankenhausreif geschlagen und in die Havel geworfen. Er starb im Krankenhaus. Sonstige Fälle vollendeter Lynchjustiz waren gleichwohl nicht wahrnehmbar. Gewalttätigkeit war für die Erhebung nicht typisch.
Die Vehemenz des Aufstands ist vor dem Hintergrund einer politischen Krise zu begreifen, die seit langem geschwelt hatte. Äußeres Symptom war die schon unmittelbar nach Gründung der DDR einsetzende Ost-West-Fluchtbewegung. Allein 1952 und im ersten Halbjahr 1953 verließen 182 000 bzw. 226 000 Menschen den ungeliebten Staat. Die Bevölkerung reagierte damit auf die ihr kraft Okkupationsgewalt aufgenötigte Diktatur der SED. Die Flucht galt umso mehr als „Abstimmung mit den Füßen", als dem Volk in der DDR seit Gründung des zweiten deutschen Staates das Recht auf demokratische Selbstbestimmung durch freie Wahlen verweigert worden war.
Die Krise spitzte sich dramatisch zu, nachdem die SED auf ihrer 2. Parteikonferenz (9.–12. Juli 1952) den „Aufbau des Sozialismus" proklamiert hatte. Sie vertiefte damit nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern forcierte in der DDR die Stalinisierung von Herrschaft und Gesellschaft und ging in diesem Kontext zu einer „Verschärfung des Klassenkampfes" über. Zudem wurden die Militarisierung vorangetrieben, der Aufbau der Schwerindustrie zum Nachteil der Konsumgüterproduktion beschleunigt und die Kollektivierung der Landwirtschaft eingeleitet. Auch verschärfter Kirchenkampf stand auf der Tagesordnung. Mit der spürbar verschlechterten Versorgung der Bevölkerung breitete sich Unzufriedenheit aus, Widerstand setzte ein, und justizieller Terror sorgte für überfüllte Gefängnisse.
Während die Führung der SED die Zeichen der Krise nicht erkennen wollte, sondern im Gegenteil Maßnahmen traf, die sie noch verschärfte – z. B. Preiserhöhungen für Lebensmittel und Fahrkarten oder Lebensmittelkartensperren für bestimmte soziale Gruppen –, war die Führung der KPdSU (B) in Moskau realistischer. Nach Stalins Tod am 5. März 1953 war im Kreml dank dieser vorurteilsfreien Analyse der DDR-Entwicklung die Erkenntnis gereift, dass die konfliktträchtige Situation im westlichen Vorposten einen politischen Kurswechsel erforderte. Ende Mai fasste das Präsidium (Politbüro) des ZK der KPdSU einen Beschluss „über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR", mit dem es die vom 4. bis zum 6. Juni zum Rapport nach Moskau bestellte SED-Spitze konfrontierte. Im Ergebnis wurde sie zu einer Politik des Neuen Kurses gezwungen, die sie nach ihrer Rückkehr als Beschluss des Politbüros der SED vom 9. Juni 1953 verkündete. Sie rang sich zu dem Eingeständnis durch, „dass seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurde". Durch Beschluss des DDR-Ministerrates vom 11. Juni 1953 wurde der Neue Kurs offiziell Regierungspolitik. Inhaltlich sah er Zugeständnisse an Handel und Gewerbe vor, ebenso an die Bauernschaft, nicht hingegen an die Arbeiterschaft.
Der Versuch zur Krisenbewältigung scheiterte. Das Eingeständnis von Fehlern durch die Partei, „die immer recht hat", empfand die Bevölkerung als Zeichen der Schwäche, während es in der Mitgliedschaft der SED

 © kfw GmbH 2013

einen politischen Schock auslöste. Nachdem die SED trotz des Neuen Kurses an der Erhöhung der Arbeitsnormen festhielt und die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ am 16. Juni diese sogar als „in vollem Umfang richtig“ bezeichnet hatte, war die Lunte am politischen Pulverfass entzündet. Zwar wurde die Normenerhöhung unter dem Druck der Streiks und Demonstrationen in Ost-Berlin am frühen Nachmittag des 16. Juni zurückgenommen, aber diese Entscheidung fiel zu spät.
Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden zwischen 50 und 125 Menschen, Demonstranten und Unbeteiligte, am 17. Juni in Ost-Berlin und in der DDR von sowjetischen Soldaten erschossen. Weitere 27 Menschen starben infolge Schusswaffengebrauchs der Volkspolizei. Die meisten Toten waren in Ost-Berlin, Halle, Leipzig und Magdeburg zu verzeichnen. Wahrscheinlich waren mehr Opfer zu beklagen; die Dunkelziffer ist nicht abschätzbar. Die Zahl der Toten unter den Angehörigen von Polizei und Staatssicherheit belief sich auf etwa zwanzig. Zu den Opfern des 17. Juni zählten auch jene Deutschen – mindestens fünf, wahrscheinlich mehr –, die als „Provokateure“ und „Rädelsführer“ von sowjetischen Standgerichten zum Tode verurteilt und erschossen wurden. DDR-Gerichte verhängten nach der „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ vier Todesurteile, von denen zwei vollstreckt wurden, sowie Zuchthaus- und Gefängnisstrafen gegen etwa 1 800 Aufständische. Noch einmal 750 Demonstranten haben sowjetische Gerichte zu Zwangsarbeit verurteilt.
Entgegen aller historischen Wahrheit ließ die Politbürokratie der SED bis in die Endzeit ihrer Herrschaft die Legende verbreiten, der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sei ein „konterrevolutionärer, faschistischer Putschversuch“ gewesen, den westliche Agentenzentralen und Geheimdienste als „Tag X“ planmäßig vorbereitet und ausgelöst hätten. Beweise dafür blieb sie schuldig, weil es sie nicht gab. Die Erhebung war spontan – und sie konnte allein mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht niedergeschlagen werden. Zwei Plenartagungen des ZK der SED am 21. Juni und vom 22. bis zum 26. Juli standen ganz im Zeichen heftiger Auseinandersetzungen und Schuldzuweisungen. In der Spitze der Partei brachen offene Machtkämpfe aus. Der Versuch, Ulbrichts Ablösung als Generalsekretär der SED durchzusetzen, schlug jedoch fehl. Hätten die sowjetischen Soldaten in der DDR wie im Herbst 1989, als Hunderttausende auf den Straßen demonstrierten, bereits am 17. Juni 1953 auf bewaffnete Gewalt gegen das Volk verzichtet, so wäre die Diktatur der SED schon 36 Jahre früher zusammengebrochen.
„Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ fragte Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit der DDR, auf einer Dienstbesprechung mit Generälen und Obristen des MfS am 31. August 1989 in Ost-Berlin. Die Antwort eines „Genossen Oberst“ laut Protokoll – nein, der sei morgen nicht, der werde auch nicht stattfinden – wurde wenige Monate später durch die Geschichte dementiert. Interessant ist, dass Mielke die Frage überhaupt gestellt hat. Sie lässt ermessen, wie stark der in der Ära Erich Honecker zweitmächtigste Mann im Staat der SED von dem historischen Datum des 17. Juni 1953 traumatisiert war.

Aus: Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Hrsg. von Anne Kaminsky im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Ch. Links, Berlin, 2007, S. 536-540.

ZUSATZINFORMATION ZU LEIPZIG:

In Leipzig demonstrierten ca. 40.000 Arbeiter zunächst friedlich, bevor am Nachmittag auch einzelne Gebäude in Flammen aufgingen und das sowjetische Militär auf Menschen schoss. In Leipzig kamen 9 Menschen ums Leben und mindestens 95 wurden verletzt. Am 3. Juli 1953 wurde seitens der SED eine Kundgebung als „Vertrauensbeweis gegenüber der Regierung“ organisiert, mit angeblich 150.000 Teilnehmern.

LINKS MIT WEITERFÜHRENDEN INFORMATIONEN ZU HINTERGRÜNDEN UND ABLAUF:

http://www.17juni1953.com/index.html
http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2003-23/artikel-2003-23-wir-wollen-freie.html
http://www.17juni53.de/home/index.html
http://www.volksaufstand1953.de/
http://www.17-juni-1953-in-leipzig.de/
http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/152588/der-aufstand-des-17-juni-1953
http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/17juni1953-1119.html

GLOSSAR

Ausgangssperre = Ist ein polizeilich oder politisch verordnetes Verbot, öffentliches Gelände wie Straßen oder Plätze – zumeist ab einer bestimmten Uhrzeit – zu betreten. Sie sind häufig Teil von Notstandsgesetzen.

Ausnahmezustand = Damit wird ein Zustand bezeichnet, in dem die Existenz eines Staates oder die Erfüllung von staatlichen Grundfunktionen als akut bedroht erachtet wird. Dieser hat dann in der Regel besondere Vollmachten für bestimmte Staatsorgane (wie etwa Regierung, Militär, Polizei) zur Folge.

Besatzungsmacht = Damit ist in der Regel ein Staat gemeint, der ein fremdes Staatsgebiet besetzt hält, meist in Form von militärischer Verwaltung. Da der B. laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der ausführenden Gewalt (Exekutive) zustehen, wird die Souveränität des besetzten Staates dabei meistens enorm eingeschränkt. Laut den Genfer Konventionen (siehe unten) haben die Besatzungsmächte aber auch besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung im besetzten Gebiet zu erfüllen.

Columbushaus (Potsdamer Platz, Berlin) = War ein neungeschossiges Büro- und Geschäftshaus am Potsdamer Platz in Berlin, in dem sich 1953 im Erdgeschoss die Läden der HO (Handelsorganisation) und in den Stockwerken darüber die Polizeiwache der Volkspolizei befand. Am 17. Juni 1953 wurde das Columbushaus gestürmt und in Brand gesteckt. Die Ruine wurde erst 1957, vier Jahre vor dem Bau der Berliner Mauer, abgetragen.

DDR = Die Abkürzung für die „Deutsche Demokratische Republik", die 1949 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gegründet wurde. Die führende Rolle der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) war in der Verfassung festgelegt. Die DDR verstand sich selbst als „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern" sowie als „deutscher Friedensstaat", der die Wurzeln für Krieg und Faschismus beseitigt habe. Sie blieb, wie alle Staaten im sowjetischen Machtbereich, bis 1990 weitgehend von der Sowjetunion abhängig. Faktisch gab es aber keine freien Wahlen, die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt und es gab keine Möglichkeit, gegen staatliche Entscheidungen zu klagen. Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen dem System nicht passten, wurden von den verschiedenen „Sicherheitsorganen" drangsaliert oder eingesperrt. Die Todesstrafe allerdings wurde in den letzten Jahren der DDR nicht mehr vollstreckt.

FDJ = Die Abkürzung für „Freie Deutsche Jugend". Dies war die einzige staatlich anerkannte und geförderte Jugendorganisation der DDR, in die Jugendliche ab 14 Jahren aufgenommen wurden. Sie war als bedeutende Massenorganisation Teil des kommunistischen Erziehungssystems. Nicht-Mitglieder wurden in der DDR in der Regel benachteiligt. In der Bundesrepublik wurde die FDJ 1951 als verfassungsfeindlich verboten.

Generalstreik = Als G. gilt der (politischen oder ökonomischen Zielen dienende) allgemeine Streik der Arbeitnehmer eines Landes oder einer Region.

Genfer Konventionen = Wurden erstmals 1864 als zwischenstaatliches Abkommen beschlossen und gelten mittlerweile als grundlegende Komponente des Völkerrechts. Sie enthalten für den Fall eines Krieges oder eines internationalen oder nicht-internationalen bewaffneten Konflikts Regeln für den Schutz von Personen, die nicht an den Kampfhandlungen teilnehmen.

„Haus der Ministerien" = (heute Detlev-Rohwedder-Haus) 1935 unter der NS-Regierung als Sitz des Reichsluftfahrtministerium erbaut. In der DDR wurden verschiedene Fachministerien in diesem Komplex untergebracht. Heute ist es der Sitz des Bundesministeriums für Finanzen.

 © kfw GmbH 2013

„Haus Vaterland“ = War von 1928 bis 1943 ein großer Gaststättenbetrieb und Vergnügungspalast am Potsdamer Platz in Berlin mit rund einer Million Besuchern im Jahr. Nach einem kriegsbedingten Großbrand 1943 und 1945 wurde nach Beendigung des Krieges in Teilen des Gebäudes ein eingeschränkter Restaurantbetrieb für die HO (siehe unten) fortgeführt. Auf Grund von Brandstiftungen während des Volksaufstands vom 17. Juni brannte das Gebäude jedoch völlig aus.

HO = Die Abkürzung für „Handelsorganisation“, zu DDR-Zeiten ein staatliches Einzelhandelsunternehmen, das neben Warenhäusern auch Gaststätten und Hotels betrieb. Die HO wurde 1948 gegründet und bot anfangs bevorzugt lang entbehrte Gebrauchsgüter und Lebensmittel ohne Lebensmittelmarken an.

Klassenkampf = Als K. wird der Kampf zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftsklassen um die Entscheidungsgewalt in der Gesellschaft bezeichnet, die dabei maßgeblich von der Verfügung über die Produktionsmittel abhängt. Der Begriff wurde von Karl Marx geprägt, der im K. die Triebkräfte der bisherigen Geschichte, vor allem aber ihrer Revolutionen, sah.

Kollektivierung = Die staatlich angeordnete und mit Zwang durchgesetzte Überführung privater Produktionsmittel in Gemeinwirtschaften, womit zugleich der Zusammenschluss einzelner Produzenten zu landwirtschaftlichen, handwerklichen und anderen Betrieben gemeint ist.

Kommunismus = Der K. ist nach Karl Marx (1818 – 1883) jene auf den Sozialismus (siehe unten) folgende Entwicklungsstufe, in der alle Produktionsmittel und Erzeugnisse in das gemeinsame Eigentum der Staatsbürger übergegangen und alle Klassengegensätze überwunden sind.

KPdSU = Die Abkürzung für „Kommunistische Partei der Sowjetunion“. 1918 gegründet wurde sie bis 1924 von Wladimir Lenin (1870 – 1924) und danach von Josef Stalin (1878 – 1953) geführt. 1985 übernahm Michail Gorbatschow (*1931) die Parteiführung und reformierte Partei und das Land. 1991 wurde sie verboten.

Kreml = Umgangssprachliche Bezeichnung für den Regierungssitz Russlands in Moskau.

Kriegsrecht = Bezeichnet zum einen die völkerrechtlichen Vorschriften, die den Krieg führenden Staaten in ihren Handlungen bestimmte rechtliche Grenzen setzen. Zum anderen eines jener Rechte, die den Krieg führenden Parteien zusteht.

Lynchjustiz = Die Misshandlung oder Tötung eines Menschen durch eine in der Regel aufgebrachte Volksmenge ohne vorherige Gerichtsverhandlung als (ungesetzliche) Bestrafung für etwas, was dieser begangen hat oder begangen haben soll.

Marxismus = Unter dem M. wird die von Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895) begründete Lehre der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ auf materialistischer Grundlage verstanden. Politisch hatte der M. die revolutionäre Umgestaltung der Klassengesellschaft in eine klassenlose Gesellschaft zum Ziel.

MfS = Die Abkürzung für das „Ministerium für Staatssicherheit“ der DDR. Es wurde am 8. Februar 1950 gegründet und galt offiziell als Inlands- und Auslandsgeheimdienst der DDR sowie als Ermittlungsbehörde (Untersuchungsorgan) für „politische Straftaten“. Innenpolitisch war es jedoch vor allem ein Unterdrükkungs- und Überwachungsinstrument der SED gegenüber der DDR-Bevölkerung, das zur Machterhaltung der Regierung Mittel wie Überwachung, Einschüchterung und die sogenannte „Zersetzung“ von Personen, die als „feindlich-negative Elemente“ bezeichnet wurden, einsetzte.

Nationale Front = War ein Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen in der DDR. Durch die Nationale Front sollten dem Anspruch nach alle gesellschaftlichen Gruppen Einfluss auf gesellschaftspolitische Prozesse nehmen können. Tatsächlich war die Nationale Front jedoch auch ein Mittel, um die Blockparteien und Massenorganisationen zu disziplinieren und die Vormachtstellung der SED im Staat zu festigen

Normenerhöhung = Damit ist die Erhöhung der Arbeitsnorm, d.h. die in einem bestimmten Zeitraum zu leistende Arbeit, gemeint. Die Festlegung von Arbeitsnormen war in der DDR eine staatliche Maßnahme in der volkseigenen Wirtschaft, um das Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Arbeitsleistung anzupassen. Durch die Erhöhung der bestehenden Normen verringerte sich der Lohn der Beschäftigten bei gleicher Leistung. Dies war auch einer der Hauptgründe, weshalb die Menschen am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen.

Okkupationsgewalt = Besatzungsmacht (siehe oben)

Ostsektor = Ist eine Bezeichnung für den Teil Berlins, der nach der Besetzung der Stadt durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs den sowjetischen Sektor bildete. Sie diente zur Abgrenzung jenes Stadtgebiets gegenüber dem amerikanischen, französischen und britischen Sektor, die gemeinsam als West-Berlin bezeichnet wurden. Ost-Berlin war das Verwaltungszentrum der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik.

Parteisekretär = Ist ein leitender Funktionär der SED.

„Pavillon" (am Alten Rathaus Leipzig) = Eigentlich „Pavillon der Nationalen Front", der als Sitz der „Nationalen Front" (siehe oben) in Leipzig diente und insofern ein bevorzugtes Ziel des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 war.

Politbüro = Ist das oberste Führungsorgan der SED.

RIAS Berlin = Die Abkürzung für Rundfunk im amerikanischen Sektor. Dies war eine Rundfunkanstalt mit Sitz im West-Berliner Bezirk Schöneberg, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der US-amerikanischen Militärverwaltung gegründet wurde und von 1946 bis 1993 zwei Hörfunkprogramme und von 1988 bis 1992 ein Fernsehprogramm ausstrahlte.

SED = Die Abkürzung für die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", die 1946 in der sowjetischen Besatzungszone aus der Zwangsvereinigung von KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) und SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) hervorgegangen war. Ihre „führende Rolle" war seit 1968 in der Verfassung der DDR festgeschrieben.

Sozialismus = Laut Karl Marx (1818 – 1883) war der S. die dem Kommunismus (siehe oben) vorausgehende gesellschaftliche Entwicklungsstufe, die auf den gesellschaftlichen oder auch staatlichen Besitz der Produktionsmittel und eine gerechte Verteilung der Produktionsgüter an alle Mitglieder der Gesellschaft hinzielte.

Stalinismus = Als S. wird die von Josef Stalin (1879–1953) geprägte Interpretation bzw. Variante des Marxismus bezeichnet, die durch autoritär-bürokratische Methoden und Herrschaftsformen und Terror gekennzeichnet war.

Volkspolizei = Als V. oder auch „Vopo" wurde die Polizei der DDR bezeichnet.

ZK = Die Abkürzung für „Zentralkomitee", das im Machtgefüge der kommunistischen Parteien zu den obersten Entscheidungsgremien gehört.

CHRONOLOGIE ZU DEN EREIGNISSEN DES FILMS

ZEIT	EREIGNIS	IM FILM
Juli 1952	2. SED-Parteikonferenz Abschaffung einer unabhängigen Justiz Kampf gegen die Kirchen Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung Flüchtlingswelle	Kap. 1, 01:37 Kap. 1, 01:58 Kap. 1, 01:59 Kap. 1, 02:18 Kap. 1, 02:25
Mai 1953	Erhöhung der Arbeitsnormen, anschließend Proteste von Arbeitern	Kap. 1, 03:27
16. Juni 1953	Erste Widerstandsaktionen in Leipzig: Forderungen an die Straßenbahn geschrieben	Kap. 2, 06:35
17. Juni 1953	40.000 Demonstranten in Leipzig Frühschichten legen die Arbeit nieder Morgen: Peter Schmidt fährt zum Schwimmunterricht 10:00 Streik auf allen Baustellen in Leipzig Mittag: Paul Ochsenbauer wird von der Schule nach Hause geschickt Mittag: Peter Schmidt mischt sich unter die Demonstranten Eskalation des Konflikts in Berlin Verhängung des Ausnahmezustands in Berlin Sowjetische Truppen rücken in demonstrierende Städte ein 15:00 Uhr: Bewaffnete Organe Leipzigs sammeln sich Nachmittag: Vor dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig wird Dieter Teich erschossen. Der Leichnam wird durch die Stadt getragen 17:00 Uhr: Der Leichnam Dieter Teichs wird beschlagnahmt Oberbefehlshaber: Mit allen Mitteln ist gegen die Demonstranten vorzugehen. Gegen 17:00 Uhr: Peter Schmidt wird angeschossen Beginn von Verhaftungen Paul Ochsenbauer entfernt ein Plakat und wird verhaftet 21:00 Uhr: Ausnahmezustand in Leipzig	Kap. 2, 05:10 Kap. 2, 05:50 Kap. 3, 10:00 Kap. 2, 06:15 Kap. 2, 08:20 Kap. 3, 10:30 Kap. 3, 13:00 Kap. 3, 14:00 Kap. 3, 14:20 Kap. 4, 15:09 Kap. 4, 17:05 Kap. 4, 18:10 Kap. 4, 19:10 Kap. 5, 20:00 Kap. 5, 21:40 Kap. 5, 21:00 Kap. 5, 22:00
Sommer 1953	Verhaftungen und Schauprozesse	Kap. 7, 32:30
18. Juni 1953	Polizei sucht in den Krankenhäusern nach Verletzten, die daraufhin fliehen	Kap. 7, 31:30
19. Juni 1953	DDR erklärt den Volksaufstand zu einem faschistischen Putsch	Kap. 8, 36:40
21. Juni 1953	Paul Ochsenbauer wird eingeäschert Gedenken der Opfer in Westberlin	Kap. 6, 25:00 Kap. 8, 35:30
22. Juni 1953	Umbenennung der Siegesalle in Straße des 17. Juni	Kap. 8, 36:24
1. Juli 1953	Die Familie erfährt, dass Paul Ochsenbauer erschossen wurde	Kap. 5, 24:00
Anfang Juli 1953	Requiem für Paul Ochsenbauer	Kap. 5, 25:37

11. Juli 1953	Kriegsrecht in Leipzig wird aufgehoben	Kap. 7, 32:00
1954	17. Juni wird gesetzlicher Feiertag in der Bundesrepublik	Kap. 8, 36:18
13. August 1961	Mauerbau	Kap. 8, 37:15
2013	Gedenkgottesdienst in Leipzig	Kap. 6: 26:00

DIDAKTISCHE MODULE

Der Film *„Wir wollten freie Menschen sein!"* kann in unterschiedlichen Fächern zu unterschiedlichen Themen eingesetzt werden. Im Folgenden werden drei Module (Geschichte des 17. Juni, Verantwortung und Gewissen, Diktatur und Demokratie) vorgeschlagen. Zu jedem Modul gibt es Beobachtungsaufgaben und weiterführende Aufgaben.
Zur Vertiefung werden weitere Materialien vorgeschlagen. Das Quiz kann abschließend als Zusammenfassung dienen oder als Beobachtungsaufgabe während des Films.

BEOBACHTUNGSAUFGABEN ZUM FILM

1. Nenne Gründe für den Volksaufstand am 17. Juni 1953 und unterscheide zwischen Ursachen und Anlässen.
2. Nenne Protestformen der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Volksaufstand.
3. Nenne Maßnahmen zur Niederschlagung des Volksaufstands. Gib auch an, von wem die Maßnahmen ausgingen.
4. Gib an, wie an den 17. Juni 1953 in Ost und West gedacht wurde.
5. Ergänze die Tabelle.

ZEIT	EREIGNIS
Juni 1952	
	Flüchtlingswelle
	Versorgungsschwierigkeiten
	Normerhöhungen
16. Juni 1953	
17. Juni 1953 Vormittag	
17. Juni 1953 Mittag	
17. Juni 1953 Nachmittag	
17. Juni 1953 Abend	
	Aufhebung des Kriegsrechts in Leipzig

© kfw GmbH 2013

WEITERFÜHRENDE AUFGABEN

1. Ordne den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in den historischen Kontext ein. Berücksichtige dabei sowohl die weltpolitische Lage als auch das Verhältnis der beiden deutschen Staaten.
2. Vergleiche den Volksaufstand am 17. Juni 1953 mit der Friedlichen Revolution 1989/90. Überlege dabei besonders, weshalb die Friedliche Revolution 1989 gelingen konnte.
3. Erstelle eine Chronologie der Ereignisse um den 17. Juni 1953.
4. Erörtere den Volksaufstand am 17. Juni 1953 hinsichtlich der Motive und Ziele, die zum Volksaufstand führten; der Zielgerichtetheit der durchgeführten Protestaktionen; der Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstands und der Erinnerungskultur in Ost und West sowie im vereinigten Deutschland.
5. Diskutiere Stellungnahmen zum 17. Juni 1953 von Politikern aus Ost und West.
6. Recherchiert in eurem Heimatort zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 und dokumentiert eure Ergebnisse in einem Portfolio.
7. Rollenspiel: Stellt ein Gespräch zwischen den Eltern von Paul Ochsenbauer und dessen Geschwistern nach, als diese erfahren, dass Paul nicht nach Hause gekommen ist und bei den Demonstranten gesehen wurde. Schließt in eure Argumente politische und persönliche Aspekte ein.

© kfw GmbH 2013

BEOBACHTUNGSAUFGABEN ZUM FILM

1. Nenne Gründe für den Volksaufstand am 17. Juni 1953 und unterscheide dabei zwischen Ursachen und Anlässen.
2. Nenne Motive, aus denen sich Menschen dem Protest angeschlossen haben.
3. Nenne Formen des Protests und Widerstands im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953.
4. Nenne Maßnahmen, die zur Niederschlagung des Aufstands führten.
5. Nenne Formen des Protests nach dem 17. Juni 1953.

WEITERFÜHRENDE AUFGABEN

1. Diskutiert die Ausgangsfrage des Films: Wie viel Mut brauchten die Menschen der frühen DDR, um auf die Straße zu gehen?
2. Rollenspiel: Der 15jährige Paul Ochsenbauer entfernt zunächst ein Plakat (Kap. 5, Zeit: 21:00) und wird anschließend verhaftet. Menschen beobachten das Geschehen. Stellt ein Gespräch mit unterschiedlichen Rollen über das Geschehen nach.
   Rollenvorschläge: Eine Freundin der Familie Ochsenbauer; ein SED-Funktionär; ein Freund von Paul; ein protestierender Arbeiter; ein Angehöriger des MfS.
3. Erörtere die Rolle des Gewissens im Zusammenhang mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953. Gehe dabei auf möglichst divergierende Perspektiven ein.
4. Interpretiere die Begriffe Mut und Verantwortung am Beispiel der Personen, die Peter Schmidt geholfen haben und am Beispiel von Pfarrer Theo Gunkel.
5. Stell dir vor, ein Junge oder ein Mädchen in deiner Klasse darf aus gesundheitlichen Gründen nicht am Sportunterricht teilnehmen. Doch immer, wenn du fragst, welche gesundheitliche Einschränkung er/sie habe, so antwortet er/sie eher ausweichend bzw. kann es selbst nicht ganz erklären. Auch die Lehrer bleiben in ihren Erklärungen vage. Überlege, wie du darauf reagieren würdest. Stelle dar, ob du dir dies heute in Deutschland vorstellen kannst.
6. Stellt ein Gespräch zwischen den Klassenkameraden von Paul Ochsenbauer nach, als diese gerade erfahren haben, dass Paul getötet wurde. Geht dabei auf möglichst unterschiedliche Rollen ein.

© kfw GmbH 2013

BEOBACHTUNGSAUFGABEN ZUM FILM

1. Nenne Gründe für den Volksaufstand am 17. Juni 1953 und unterscheide dabei zwischen Ursachen und Anlässen.
2. Nenne Motive, aus denen sich Menschen dem Protest angeschlossen haben.
3. Nenne Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstands.
4. Nenne Beispiele zur Erinnerung an den Volksaufstand in Ost und West.

WEITERFÜHRENDE AUFGABEN

1. Setze dich mit den Forderungen, die auf der Betriebsversammlung im Elektromotorenwerk Wernigerode am 18. Juni 1953 erhoben wurden, auseinander:
   „Wir fordern folgende Punkte:
   Erstens: Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland! (großer Beifall)
   Zwotens: Aufhebung der Zonengrenzen und Abschluss eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland! (großer Beifall)"
   Gehe dabei auf die politischen Verhältnisse in Ost und West ein.
2. Prüfe, inwiefern die Ereignisse um den 17. Juni 1953 belegen, dass die DDR eine Diktatur war.
3. Erörtere verschiedene Ebenen der Erinnerungskultur und der Erinnerungspolitik in Ost und West. Bedenke dabei die Hintergründe dieser Differenzen. Weshalb war es für den „Arbeiter- und Bauernstaat" DDR nahezu unmöglich zuzugeben, dass es vor allem Arbeiter waren, von denen der Protest und der Streikaufruf ausging?
4. Nennt unterschiedliche Protestformen im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 und stellt mögliche Protestformen heutzutage in Deutschland dar.
5. Die Protestierenden des 17. Juni forderten „Wir wollen freie Menschen sein!"
   Überlegt, welche Forderungen an die Politik für euch wichtig sind. Formuliert hierzu
   „Wir wollen _____ "
   und begründet eure Entscheidung.
6. Vergleicht den Aufstand des 17. Juni mit gegenwärtigen Aufständen hinsichtlich Forderungen, Protestformen und Erfolg.

LINKS MIT WEITEREN DIDAKTISCHEN MATERIALIEN:

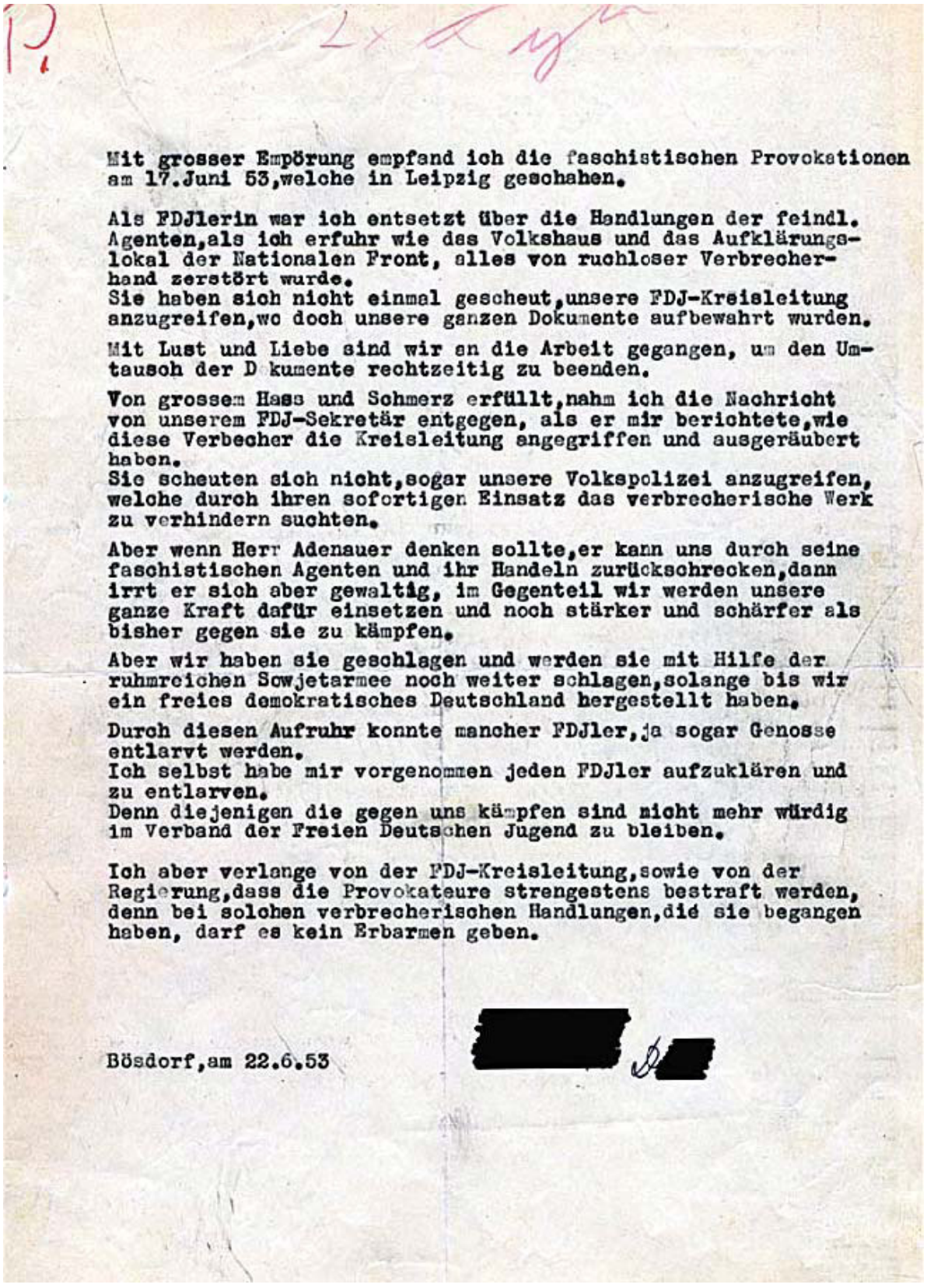
http://www.deinegeschichte.de/wissen/unterrichtsthemen/detail/b/1868/1989/unterrichtsthema-14-17-juni-1953/?user_myhistory_pi4[pidBack]=731

http://www.zeitzeugenbuero.de/fileadmin/zzp/pdf/Unterrichtseinheiten/01Unterrichtsmodule.Volksaufstand_17.__Juni.pdf

http://www.17juni53.de/material/index.html

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material I



Mit grosser Empörung empfand ich die faschistischen Provokationen am 17.Juni 53,welche in Leipzig geschahen.

Als FDJlerin war ich entsetzt über die Handlungen der feindl. Agenten,als ich erfuhr wie das Volkshaus und das Aufklärungslokal der Nationalen Front, alles von ruchloser Verbrecherhand zerstört wurde.
Sie haben sich nicht einmal gescheut,unsere FDJ-Kreisleitung anzugreifen,wo doch unsere ganzen Dokumente aufbewahrt wurden.

Mit Lust und Liebe sind wir an die Arbeit gegangen, um den Umtausch der Dokumente rechtzeitig zu beenden.

Von grossem Hass und Schmerz erfüllt,nahm ich die Nachricht von unserem FDJ-Sekretär entgegen, als er mir berichtete,wie diese Verbecher die Kreisleitung angegriffen und ausgeräubert haben.
Sie scheuten sich nicht,sogar unsere Volkspolizei anzugreifen, welche durch ihren sofortigen Einsatz das verbrecherische Werk zu verhindern suchten.

Aber wenn Herr Adenauer denken sollte,er kann uns durch seine faschistischen Agenten und ihr Handeln zurückschrecken,dann irrt er sich aber gewaltig, im Gegenteil wir werden unsere ganze Kraft dafür einsetzen und noch stärker und schärfer als bisher gegen sie zu kämpfen.

Aber wir haben sie geschlagen und werden sie mit Hilfe der ruhmreichen Sowjetarmee noch weiter schlagen,solange bis wir ein freies demokratisches Deutschland hergestellt haben.

Durch diesen Aufruhr konnte mancher FDJler,ja sogar Genosse entlarvt werden.
Ich selbst habe mir vorgenommen jeden FDJler aufzuklären und zu entlarven.
Denn diejenigen die gegen uns kämpfen sind nicht mehr würdig im Verband der Freien Deutschen Jugend zu bleiben.

Ich aber verlange von der FDJ-Kreisleitung,sowie von der Regierung,dass die Provokateure strengestens bestraft werden, denn bei solchen verbrecherischen Handlungen,die sie begangen haben, darf es kein Erbarmen geben.

Bösdorf,am 22.6.53

[redacted]

Aus: http://www.moxxo.de/ausstellung/ereignis/teil-b/b-2-5-3.html (17.5.2013, 8:45 Uhr)

Die SED forderte die Bevölkerung auf, positive Stellungnahmen für die Regierung abzugeben. Lies dir den vorstehenden Bericht einer FDJlerin durch. Nimm begründet Stellung zu der in dem Schreiben vorgebrachten Wertung der Ereignisse des 17. Juni 1953.

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material II

„Wer noch den geringsten Zweifel hegte, wo die Leute herkamen, die den offenen, schamlosen Terror in Berlins Straßen tragen wollten, der konnte sich in den Nachmittags- und Abendstunden überzeugen. An den Sektorengrenzen strichen sie herum und suchten eine Lücke, heruntergekommene Jugendliche, Strolche, ‚Bubis' mit chromblitzenden Rädern, Mädchen, denen man nicht im Dunkeln begegnen möchte." Für Erich Loest bestand kein Zweifel, wer Schuld an der Eskalation am 17. Juni 1953 hatte. "Abschaum" aus den Westsektoren Berlins, der versucht habe, "die Arbeiter des demokratischen Sektors vor den Kriegskarren ihrer Hintermänner zu spannen", befand der damals 27-jährige Leipziger Bezirksvorsitzende des Schriftstellerverbandes am 21. Juni im "Neuen Deutschland". Loest, der in seinen Erinnerungen auf diese Passage verzichtete, verteidigte auch das Eingreifen der Sowjets: "Mit Provokateuren wird nicht diskutiert." Wie viele andere war auch Erich Loest mit dem Willen aus dem Krieg gekommen, an einem neuen Deutschland mitzuarbeiten. Er wurde Journalist und schrieb erste Erzählungen. Doch nach seinem Roman "Jungen, die übrig blieben" musste sich der Genosse Standpunktlosigkeit vorwerfen lassen. Loest wurde in die Produktion geschickt, um proletarisches Klassenbewusstsein zu erwerben. Der Jungautor "bewährte" sich. Dann kam der 17. Juni 1953. Der Denunziation der Demonstrationen der Arbeiter folgte ein innerer Klärungsprozess. Loest kritisierte die schönfärberische Presse, und aus dem Genossen wurde der "Fall Loest". 1957 verschwand er für sieben Jahre in Bautzen. Nach der Haft schrieb Loest unter Pseudonym und schwieg zur Politik. Zermürbt reiste er 1981 in die Bundesrepublik aus.

Aus: http://www.welt.de/print-welt/article692595/Eingeholt-vom-17-Juni-Erich-Loest-und-Peter-Sodann.html (17.5.2013, 11:25 Uhr)

AUFGABEN:

1. Recherchiere selbständig zu Leben und Werk von Erich Loest.
2. Beschreibe das Verhältnis von Loest zur DDR-Führung.
3. Arbeite die Argumentation von Erich Loest in dessen Artikel „Elfenbeinturm und rote Fahne" heraus und setze dich damit kritisch auseinander.
4. Diskutiere Loests Verhalten zwischen Anpassung und Widerstand.

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material II

Elfenbeinturm und rote Fahne

Von Erich Loest

Wir dürfen es uns mit den Provokateuren vom 17. Juni nicht zu leicht machen. Auf der einen Seite stand ihre wohlgerüstete Organisation, und ihre Arbeit gipfelte in Brand, Terror und Mord. Auf der anderen Seite standen die Demonstrationen von Arbeitern, die sich gegen Mißstände auf manchen Gebieten, vor allem in der Normenfrage, zur Wehr setzten. Es wäre den Provokateuren nicht gelungen, Teile der Arbeiterschaft vor ihren Karren zu spannen, wenn nicht von Regierung und Partei, wenn nicht von allen führenden und leitenden Organen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik Fehler von zum Teil ernstem Ausmaß begangen worden wären. Die Zeit, diese Fehler zu untersuchen, ist jetzt gekommen, um so mehr, als diese Fehler nicht etwa mit dem 17. Juni automatisch abgestorben sind, sondern hartnäckig trachten, weiterhin am Leben zu bleiben. Dies trifft auch auf die Fehler der Presse zu. Es ist vermutlich nicht mit mathematischer Sicherheit festzustellen, welche Ministerien, welche Parteiorganisationen, welche Behörden und Institutionen am meisten beigetragen haben, Staat und Partei von den Massen zu entfernen, und es dürfte auch müßig sein, dies zu tun; fest steht: Schuld tragen sie alle, und ein gerüttelt Maß an Schuld kommt auf das Konto unserer Presse.

In unserer Republik gibt es auf allen Gebieten zuwenig Fachleute. Das kann nicht anders sein, denn unser Staat ist jung, und die vorangegangene Zeit des Faschismus hat nicht dazu beigetragen, die Menschen klüger zu machen. Jung und unerfahren sind auch viele Redakteure, Berichterstatter, Zeitungsschreiber. Viele kamen aus anderen Berufen, wurden ungenügend ausgebildet und in einen strudelreichen Strom geworfen, in dem es nun für sie zu schwimmen galt. Sie sind nur schlecht geschwommen.

Unsere Presse glaubte in den zurückliegenden Jahren, sie würde sich in ihrer Berichterstattung und Kommentierung auf die fortgeschrittensten Kräfte konzentrieren, und sie hoffte, dadurch die anderen mitzureißen. Sie machte aber schon in der Präzisierung des Fortgeschrittensten entscheidende Fehler. Sie hielt in der Regel den für am fortschrittlichsten, der allen Maßnahmen der Partei und der Regierung den lautesten Beifall zollte. Ob er auch von dem überzeugt war, was er sagte, interessierte die Zeitungsleute kaum oder gar nicht. Die Hauptsache für sie war: sie hatten wieder eine „Stimme". Wozu haben wir nicht alles Stimmen gelesen! Die Fahrpreiserhöhung wurde vom Berufsschüler X als ein Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards begrüßt, und einige Wochen später begeisterte sich die Hausfrau Y für die Herabsetzung der Fahrpreise — sie sah darin einen Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards. Jahrelang ging das so, die kritiklosen Ja-Sager hatten das Wort. Aber sind kritiklose Ja-Sager die fortschrittlichsten Menschen? Natürlich sind sie es nicht. Es ist der am wertvollsten für unseren Staat, der sich Gedanken macht, der verbessern will, den Maßnahmen, die er für schädlich hält, mit Schmerz erfüllen. Aber die ehrliche Meinung dieses Mannes war kaum zu lesen. Kritik in der Presse war nicht gefragt.

Doch, Kritik haben wir auch gehabt. Da schrieb der Arbeiter P., daß in der Soundso-Straße die Beleuchtung nicht funktionierte. Da klagte der Bauer F. über die Krähenplage. Da beschwerte sich die Rentnerin M., daß die HO-Verkäuferin in der R.-Straße Geld und Wurst mit ihren Händen im bunten Wechsel berührte. All diese Kritik war nützlich. Aber sie betraf Teilgebiete, Einzelfälle. Kritiken an wirklich entscheidenden Maßnahmen haben wir fast nicht gelesen. Und auf die Kritik der Massen — und das ist weit schlimmer — gingen die Redakteure auch in ihren Reportagen und Artikeln nicht ein. Machten sie schon in der Präzisierung des Fortschrittlichen erhebliche Fehler, so vernachlässigten sie den zweiten Punkt ihrer Maxime vollständig. Sie rissen die Zurückgebliebenen nicht mit, sie drückten sie in die Ecke. Wer irgendwelche Maßnahmen nicht verstand, hatte ein schlechtes Bewußtsein und war Mensch zweiter Klasse. „Auf Rias-Argumente gehen wir nicht ein", war das verderbliche Schlagwort mancher Funktionäre. Die Folge davon war, daß die Rias-Argumente munter im Volk wucherten. Und die Zeitungen? Sie waren sich viel zu schade, sich mit ihnen abzugeben. Sie überließen einen ihrer Leser nach dem anderen, weil sie ungenügend informierten und verzerrt kommentierten, sich selbst. Und da keiner einsam sein will — von politischer Einsamkeit ist hier die Rede — drehte der im Stich Gelassene den Rias an.

Ein weiteres Grundübel unserer Zeitungen war das fast völlige Verschweigen von Mißständen. Beispielsweise war es — vor allem in jüngster Zeit — hin und wieder vorgekommen, daß Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre von den Arbeitern, zu denen sie sprechen wollten, nicht angehört worden waren. Darüber las man nichts in den Zeitungen. Vor allem aber las man nichts über die Gründe, die die Arbeiter zu ihrer ablehnenden Haltung bewogen hatten. Hier wäre es notwendig gewesen, klärend einzugreifen, die Gründe zu untersuchen und beizutragen, sie zu beseitigen. Wir lasen täglich, welche Brigaden ihre Normen erhöht, wir lasen nichts, welche Brigaden die Erhöhung abgelehnt hatten, und vor allem lasen wir nichts über die Motive. Wir lasen nichts über kurze Proteststreiks in einigen Betrieben, mit denen sich die Arbeiter gegenüber Funktionären zur Wehr setzten, die sie in der Normenfrage übers Ohr hauen wollten. Hätte hier die Presse rechtzeitig eingegriffen, wäre es den Provokateuren nicht gelungen, am 17. Juni diese Arbeiter zur Arbeitsniederlegung und zur Demonstration zu bewegen.

Das Negative wurde verschwiegen, das Positive aufgebauscht. Die Proportionen wurden verschoben, und getäuscht wurden nicht etwa unsere Feinde, sondern täuschen ließen sich nur die fortschrittlichen Kräfte innerhalb unserer Republik, täuschen ließen sich nicht zuletzt die Genossen der SED. Kaum eine Zeitung gab es, die nicht auf dem verderblichen Kurs der Selbsttäuschung mitfuhr, und an der Spitze steuerten zweifellos die Bezirkszeitungen der Sozialistischen Einheitspartei. Diese Redakteure machten sich selbst etwas vor, sie hatten sich kilometerweit von den Realitäten entfernt. Sie boten ein gleich lächerliches wie tief beklagenswertes Bild: sie saßen im Elfenbeinturm und schwangen die rote Fahne.

Und nach dem 17. Juni?

Diese Zeilen brauchten nicht geschrieben zu werden, wenn auf einmal alles in Butter wäre. Aber alte Gewohnheiten sind nicht von einem Tag auf den anderen auszurotten, und auch das Gewitter des 17. Juni hat nicht alle üblen Zeitungssitten der vergangenen Jahre in die Gosse gespült. Mancher atmete am 18. Juni auf: Was war da plötzlich für ein ehrlicher, klarer Ton! Schnitzler hielt einen prächtigen Rundfunkkommentar, das „Neue Deutschland" schrieb einen sachlichen, in jeder Weise den Tatsachen entsprechenden Leitartikel. Aber schon wenige Tage später ging es mit dem Beschönigen und Vertuschen wieder los. Selbst das „Neue Deutschland" schlich sich von der glatten Straße der Offenheit auf einen holprigen Seitenweg. Im Leitartikel des „Neuen Deutschland" vom 19. Juni stand zu lesen, es sei den Banditen gelungen, „im demokratischen Sektor von Berlin und in zahlreichen Orten der Republik Teile der Werktätigen, an einigen Orten beträchtliche Teile zur Arbeitsniederlegung und zu Demonstrationen zu bewegen!" Zwei Tage später reduzierte das „Neue Deutschland" schon beträchtlich: „Im sowjetischen Sektor von Berlin wie in einigen Orten der Deutschen Demokratischen Republik gelang es den Provokateuren durch Täuschung und Betrug, einen kleinen Teil der Werktätigen mit sich zu ziehen!" Und was das Zentralorgan tat, machten die anderen Zeitungen fleißig mit. Mit voller Kraft kämpften sie gegen die Provokateure, aber von den Fehlern der Regierung und der Partei, die viele Arbeiter für Stunden in das Garn der Agenten getrieben hatten, sprachen sie nur am Rande. Es erschien beinahe so, als ob nur Provokateure auf den Straßen gewesen seien. Die Folge war, daß sich die Arbeiter, die für eine anständige Sache demonstriert hatten, mit den Faschisten in einen Topf geworfen fühlten. Die Proportionen wurden verschoben, und mit all ihren Beschönigungen trugen die Zeitungen in keiner Weise dazu bei, das verlorengegangene Vertrauen weiter Teile der Bevölkerung wiederzugewinnen. Artikel, die das Gleichgewicht der verschiedenen Komponenten einzuhalten versuchten, wurden von manchen Redaktionen eigenmächtig verändert. Kuba erging es so beim „Neuen Deutschland", Jan Koplowitz bei der „Täglichen Rundschau" und dem Schreiber dieser Zeilen bei der „Leipziger Volkszeitung". Ist schon die Methode der unautorisierten Redigierung ein Übel, so ist die Richtung der Veränderung noch viel übler: Die Schuld von Partei und Regierung, unser aller Schuld wurde erheblich verkleinert — und dies liegt am allerwenigsten im Sinne der Regierung und der Partei. Und dann kamen sie wieder, die überschwenglichen Begeisterungserklärungen einzelner. Wie schön wäre es gewesen, eine Zeitung hätte das Bild eines Arbeiters etwa mit folgender Unterschrift gebracht: „Ich habe mit demonstriert. Ich will mit den Provokateuren nichts zu tun haben; aber ich kann auch nicht verschweigen, daß ich mit vielem, was Partei und Regierung bisher getan haben, nicht einverstanden gewesen bin. Ich bin skeptisch geworden wie viele meiner Kollegen. Regierung und Partei werden sich anstrengen müssen, wenn ich ihnen wieder vertrauen soll." Diese Stellungnahme hätte der Meinung vieler Arbeiter entsprochen; ähnliches aber konnte man nur sehr, sehr vereinzelt lesen.

Die Minister und führenden ZK-Mitglieder, die nach dem 17. Juni in den Betrieben gesprochen haben, waren von einer imponierenden Offenheit. Ministerpräsident Grotewohl scheute sich nicht, zu erklären, die Regierung habe „den Karren in den Dreck gefahren". Und da sollen sich einige Zeitungen nicht hinstellen und so tun, als wäre der Karren schon wieder draußen. Von der Offenheit unseres Ministerpräsidenten können sich die Redakteure unserer Zeitungen, voran die der Bezirksorgane der Sozialistischen Einheitspartei, eine dicke Scheibe abschneiden.

Unsere Zeitungen müssen umfassender informieren, wenn sie mit Interesse gelesen werden wollen. Sie müssen sich bewußt sein, daß ein Leser, der sich nicht genug informiert fühlt, den Rias einschaltet und damit in Gefahr gerät, den Lügen des Gegners zum Opfer zu fallen. Unsere Zeitungen müssen besser kommentieren, weniger phrasenhaft und völlig ungeschminkt. Sie müssen sich auf den wirklich besten Teil unseres Volkes orientieren, und das ist nicht der, der zu jeder Maßnahme von Partei und Regierung gewaltige Begeisterung heucheit. Sie dürfen den nicht an die Wand drücken, der nicht jede Maßnahme sofort versteht, und sie dürfen nicht in jedem einen bezahlten Agenten sehen, der mit einer Maßnahme nicht einverstanden ist. Sie müssen aufmerksam auf das lauschen, was die Massen sprechen, denken, wollen, sie müssen gewissenhaft und liebevoll bemüht auf diese Gedanken, Gefühle und Wünsche eingehen und sie behutsam und geschickt in die Richtung lenken, die den Massen den größten Nutzen bringt. Es nützt nichts, im Elfenbeinturm zu sitzen und die rote Fahne zu schwingen. Man muß zu den Massen hingehen und ihnen die Fahne vorantragen.

Die Elfenbeintürme unserer Presse sind durch den 17. Juni ins Wanken geraten. Nun ist es an den Presseleuten selbst und an allen, denen eine wirkungsvolle Presse am Herzen liegt, die schwankenden Mauern schleunigst und bis auf ihre Grundfesten abzutragen!

Ericht Loest, Elfenbeinturm und rote Fahne, Börsenblatt, 4. Juli 1953
Aus: http://www.moxxo.de/ausstellung/ereignis/teil-b/b-2-5-3.html (17.5.2013, 8:52 Uhr)

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material III

GESETZBLATT

der

Deutschen Demokratischen Republik

1952	Berlin, den 10. Juni 1952	Nr. 72

Tag	Inhalt	Seite
9. 6. 52	Verordnung über weitere Maßnahmen zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik	451

Verordnung über weitere Maßnahmen zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik.

Vom 9. Juni 1952

Um die Interessen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen und um ein Eindringen von feindlichen Elementen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich zu machen, verordnet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Anschluß an die Verordnung vom 26. Mai 1952 (GBl. S. 405) folgendes:

§ 1

Der dem Ministerium für Staatssicherheit durch die Verordnung vom 26 Mai 1952 erteilte Auftrag wird dahingehend erweitert, daß die von diesem Ministerium zu ergreifenden Maßnahmen sich generell auf die Verhinderung des Eindringens von Diversanten, Spionen und Terroristen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu erstrecken haben.

§ 2

Alle zur Durchführung dieser Maßnahmen zu treffenden Anordnungen, Bestimmungen und Anweisungen sind unter dem Gesichtspunkt zu erlassen, daß sie bei einer Verständigung über die

© kfw GmbH 2013

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

kfw

Vertiefendes Material III

Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.

§ 3

Wer den nach § 1 dieser Verordnung oder den nach der Verordnung vom 26. Mai 1952 getroffenen Anordnungen, Bestimmungen oder Anweisungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 2000 DM oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. Juni 1952

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik

Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Ulbricht

Herausgeber: Regierungskanzlei der Deutschen Demokratischen Republik — Verlag: (4) Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstr. 17, Anruf 67 64 11 — Postscheckkonto: [illegible] — Erscheinungsweise: Nach Bedarf — Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,— DM einschl. Zustellgebühr — Einzelausgaben: Je Seite 0,02 DM, nur vom Verlag oder durch den Buchhandel beziehbar — Druck: (13) Greif Graphischer Großbetrieb, Werk II, Berlin-Treptow, Am Treptower Park 28-30 — Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 502 des Amtes für Information der Deutschen Demokratischen Republik.

Aus: http://www.17juni53.de/chronik/5206_1.html (17.5.2013, 9:05 Uhr)

AUFGABEN:

1. Recherchiere nach weiteren Gesetzen und Bestimmungen, die zum Volksaufstand führten.
2. Beurteile, inwieweit die Entstehung des Volksaufstands durch die Gesetzgebung der DDR hervorgerufen wurde.

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material IV

Bertold Brecht

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Bertolt Brecht: Die Lösung. Buckower Elegien, GBA Bd. 12, S. 310.

HINTERGRUND:

Noch am 17. Juni schrieb Brecht an Walter Ulbricht: „Die Geschichte wird der revolutionären Ungeduld der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ihren Respekt zollen. Die große Aussprache mit den Massen über das Tempo des sozialistischen Aufbaus wird zu einer Sichtung und Sicherung der sozialistischen Errungenschaften führen. Es ist mir ein Bedürfnis, ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszusprechen." (Am 21. Juni 1953 erschien im „Neuen Deutschland" nur der letzte Satz)
Sekretär des Schriftstellerverbandes war Kurt Bartels (KUBA).

AUFGABEN:

1. Interpretiere das Gedicht „Die Lösung" von Bertold Brecht.
2. Recherchiere zur Rolle Bertold Brechts in der DDR.
3. Diskutiert das in dem Gedicht beschriebene Verhältnis von Volk und Regierung.

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material V

„Am 16. Juni 1953 protestierten Arbeiter in Ost-Berlin gegen eine zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsnormen. Auch freie Wahlen wurden gefordert und der Rücktritt der Regierung. Die Protestierenden schrieben es auf und riefen es einander zu: ‚Wir wollen freie Menschen sein!'

Ich war außer mir vor Aufregung und Erwartung und verbrachte ganze Nachmittage und Abende vor dem Radio, denn man konnte die Westsender hören – außer dem RIAS, der war bei uns gestört. Von zwei Berliner Betrieben aus, so erfuhr ich, hatte sich ein kleiner Protestzug formiert, dem sich auf dem Weg zum Haus der Gewerkschaften und zum Regierungssitz in der Leipziger Straße immer mehr Arbeiter angeschlossen hatten. Unglaublich, dass so etwas möglich war, wo es doch keine freien Gewerkschaften gab! Am 17. Juni erfasste der Aufstand fast die ganze DDR. Wahrscheinlich eine Million Menschen gingen auf die Straßen; in siebenhundert Orten wurde demonstriert, mehrere Gefängnisse und Polizeireviere wurden gestürmt. In 167 von 217 Landkreisen wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Ich erinnere mich an die großen Plakate des sowjetischen Militärkommandanten an den Litfaß-Säulen: „Befehl Nummer 1: Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten."

Es herrschte Kriegsrecht; die Regierungsgewalt lag wieder in den Händen der sowjetischen Truppen. Doch in unserer Familie, unter unseren Freunden und Mitschülern herrschte nicht Angst, sondern eine unglaubliche Euphorie. Erst einmal fiel für einen Tag Schule aus. Dann wurde das Fach Gegenwartskunde – später Staatsbürgerkunde – vorübergehend gestrichen. Lehrer, die bis dahin besonders ideologiefest aufgetreten waren, machten einen verschüchterten und verklemmten Eindruck, einige ließen sich zu selbstkritischen Bemerkungen hinreißen. Und ältere Schüler, die von der Schule geworfen worden waren, weil sie sich als Christen nicht von der Jungen Gemeinde getrennt hatten, kamen zurück und durften das Abitur nachholen.

Auch unter den Arbeitern und Bauern in unserem immer als schlafmützig belächelten Mecklenburg gärte es. Am 18. Juni morgens ab neun Uhr streikten 5000 Arbeiter auf der Neptun-Werft: ‚Wir fordern, dass die Regierung zurücktritt!' Insgesamt traten über 10000 Arbeiter, rund ein Drittel der Belegschaften, in den Hafenstädten Rostock und Stralsund in den Ausstand. Am 18. Juni unterbrachen Bauern die Rede des Kreissekretärs der Vereinigung der gegenseitgen Bauernhilfe immer wieder mit Zwischenrufen wie: ‚Euch müsste man alle aufhängen und totschlagen, besonders aber auch die Regierung, die alle Verbrecher sind!' Ein anonymer Briefschreiber drohte dem Rostocker Bürgermeister und den ‚Bonzen in der SED': ‚Alle werden wir euch hängen. Ihr Lumpen, Strolche, Russenknechte, Speichellecker, Abschaum der Menschheit, wir verlangen unsere Freiheit. Acht Jahre habt ihr uns hungern lassen. Ihr seid die Pest am deutschen Volk. Mit euren Lügen und leeren Versprechungen ist es aus. Adenauer wollen wir haben, keinen anderen, einen Menschen mit Verstand.'

Wochenlang – das wissen wir heute aufgrund von Dokumenten, die sich nach 1989 fanden – war die SED damals gelähmt. ‚Die Parteimitglieder und Parteileitungen befinden sich gegenwärtig in der Defensive und im Schlepptau der Massen', konstatierte die Bezirksleitung Rostock im Juli 1953. ‚Der Gegner hat einen großen Einfluss in den Reihen unserer Mitglieder gewonnen.' 22 Mitglieder der SED-Grundorganisation gaben allein in der Kleinstadt Sassnitz auf Rügen ihre Parteidokumente zurück, einige FDJ-Grundorganisationen verfügten über keine Leitung mehr. Funktionäre, Parteimitglieder und FDJler wurde provoziert, überfallen und niedergeschlagen.

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material V

Doch dann blieb alles beim Alten, obwohl das Regime durch die Rücknahme der Normerhöhungen versuchte, innenpolitisch Druck aus dem Kessel zu nehmen. Aber der Aufstand wurde erstickt. 55 Menschen bezahlten ihren Protest mit dem Leben, über 5000 wurden verhaftet. Der viel kritisierte Parteichef Walter Ulbricht kam ungeschoren davon, stattdessen wurden Reformer der Partei wie der Chefredakteur des Neuen Deutschland, Rudolf Herrnstadt, und der Stasi-Chef Wilhelm Zaisser kaltgestellt. Nach einer kurzen Zwischenphase hatten sich in Moskau nach Stalins Tod wieder die Hardliner durchgesetzt."

Joachim Gauck, Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen, München 2009, 16. Aufl., S. 46-48

AUFGABEN

1. Fasse die Erinnerungen Joachim Gaucks an die Ereignisse um den 17. Juni 1953 chronologisch zusammen.
2. Vergleiche die genannten historischen Fakten mit eigenen Recherchen.
3. Setze dich mit der Wertung des 17. Juni 1953 durch Joachim Gauck kritisch auseinander.

QUIZ

Der Volksaufstand fand statt am 17. Juni
☐ 1952 ☐ 1953 ☐ 1954

Die Regierung der DDR wurde gestützt
☐ von der Sowjetunion ☐ von den USA ☐ von China

Auf der 2. SED-Parteikonferenz wird beschlossen
☐ der Aufbau des Sozialismus
☐ die Einführung der D-Mark
☐ die Wiedervereinigung

Das Durchschnittseinkommen in der DDR betrug 1952 ca.
☐ 252 Rubel ☐ 252 Dollar ☐ 252 Mark

In Leipzig demonstrierten am 17. Juni 1953
☐ 4.000 Menschen ☐ 40.000 Menschen ☐ 400.000 Menschen

Wie drückten Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe ihren Protest aus?
☐ sie schrieben ihre Forderungen auf Straßenbahnen
☐ sie transportierten keine SED-Mitglieder mehr
☐ sie fuhren auf veränderten Linien

Gegen wen richtete sich der Spruch: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille!"
☐ Ulbricht, Pieck, Grotewohl
☐ Adenauer, Brandt, Schmidt
☐ Stalin, Chruschtschow, Breschnew

Wie alt ist Paul Ochsenbauer 1953?
☐ 10 Jahre ☐ 15 Jahre ☐ 17 Jahre

Der 17. Juni 1953 wurde empfunden als „Ein Fest …"
☐ der Liebe ☐ des Friedens ☐ der Freiheit

© kfw GmbH 2013

Vertiefendes Material V

Den Ausnahmezustand verhängt
- ☐ der sowjetische Militärkommandant
- ☐ Walter Ulbricht
- ☐ das MfS

Der Demonstrant Dieter Teich stirbt vor
- ☐ dem Bahnhof
- ☐ dem Untersuchungsgefängnis
- ☐ der Nikolaikirche

Paul Ochsenbauer wurde verhaftet, weil er
- ☐ Plakate malte
- ☐ Plakate anbrachte
- ☐ Plakate abriss

Warum ließen sich nicht alle Verwundeten im Krankenhaus behandeln?
- ☐ weil es keine Medikamente gab
- ☐ weil die Krankenhäuser geschlossen waren
- ☐ weil die Polizei nach Verletzten suchte

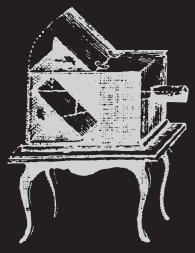
Der Volksaufstand wurde in der DDR offiziell bezeichnet als
- ☐ faschistischer Putsch
- ☐ Fest der Freiheit
- ☐ Revolution

Die Gedenkstätte für die Opfer der sozialistischen Gewaltherrschaft befindet sich in Leipzig
- ☐ in einer ablegegenen Ecke auf dem Friedhof
- ☐ am Hauptbahnhof
- ☐ beim Untersuchungsgefängnis

© kfw GmbH 2013

DER 17. JUNI 1953 – Volksaufstand in der DDR

Wir wollen freie Menschen sein!

Katholisches Filmwerk GmbH
Ludwigstr. 33
60327 Frankfurt a.M.
Telefon: +49-(0) 69-97 14 36-0
Telefax: +49-(0) 69-97 14 36-13
E-Mail: info@filmwerk.de
www.filmwerk.de

kfw